



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

18. Oktober 2019

Wochenbericht KW 42

forsa | Emnid | IfD Allensbach | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 29,5 % und 27 %, SPD zwischen 16 % und 14 % Grüne zwischen 24 % und 20 %, AfD zwischen 14 % und 12 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Kritische Beurteilung der Bundesregierung bei bezahlbarem Wohnraum
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen weiterhin deutlich
Allgemeine Lebenslage:	Mehrheit der Bürger sieht die Entwicklungen im Land negativ Weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland, aber noch immer deutliche Unzufriedenheit mit der Versorgung von Pflegebedürftigen
Wichtigstes Thema:	Konflikt der Türkei mit Kurden und IS, Einmarsch in Syrien
Anlage:	Zeitreihen

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ	FG Wahlen³ für ZDF	infratest dimap für ARD
CDU/CSU	27 (-1)	29 (+1)	29,5 (+0,5)	29 (+2)	28 (-)
SPD	14 (-)	15 (+1)	16,0 (+1,0)	14 (+1)	14 (+1)
FDP	8 (-)	7 (-)	6,5 (-0,5)	6 (-)	7 (-)
DIE LINKE	8 (+1)	9 (+1)	7,0 (-1,0)	8 (+1)	8 (-)
B'90/Grüne	23 (+1)	20 (-1)	23,5 (+1,5)	24 (-3)	22 (-2)
AfD	12 (-1)	13 (-2)	13,0 (-1,0)	13 (-1)	14 (-)
Sonstige	8 (-)	7 (-)	4,5 (-0,5)	6 (-)	7 (+1)
Erhebungszeitraum	07.-11.10.	10.-16.10.	27.09.-10.10.	15.-17.10.	14.-16.10.

Die Union liegt bei FG Wahlen 15 (+1), bei infratest dimap 14 (-1), bei Emnid 14 (-), bei IfD Allensbach 13,5 (-0,5) und bei forsa 13 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

(Zeitreihen: forsa, Emnid, IfD Allensbach, FG Wahlen, infratest dimap)

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	15 (-)
Scholz	32 (-1)
Kramp-Karrenbauer	16 (-2)
Habeck	31 (-)
Erhebungszeitraum	07.-11.10.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 17 (-1) Prozentpunkte hinter Olaf Scholz und 15 (+2) hinter Robert Habeck.

33 % (+2) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Kramp-Karrenbauer und 25 % (+1) Scholz. Von den SPD-Anhängern würden sich 62 % (-4) für Scholz und 11 % (+3) für Kramp-Karrenbauer entscheiden.

Bei der Kanzlerpräferenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Habeck sprechen sich 34 % (-2) der CDU/CSU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer und 16 % (+1) für Habeck aus. Von den Anhängern der Grünen präferieren 62 % (-) Habeck und 10 % (-1) Kramp-Karrenbauer.

(Zeitreihe)

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (20.10.2019)

² im Vergleich zur KW 38

³ im Vergleich zur KW 39

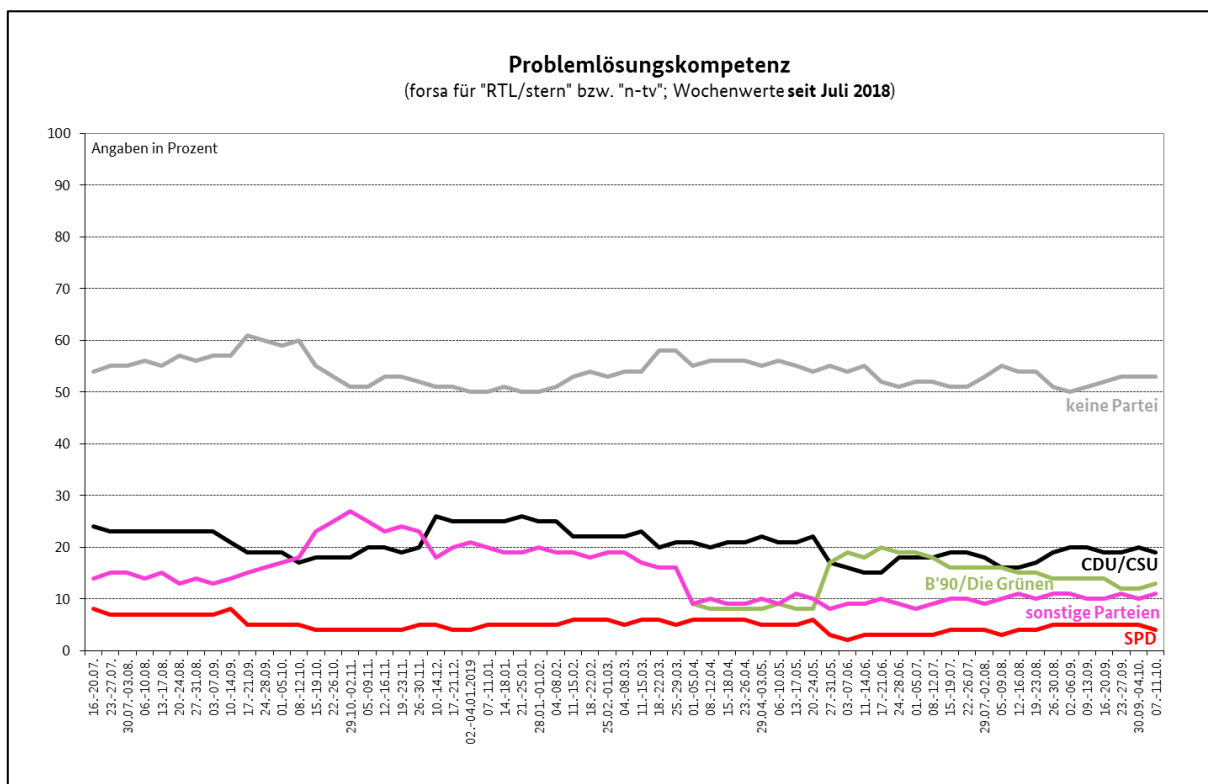
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	19	(-1)
SPD	4	(-1)
Grüne	13	(+1)
sonstige Parteien	11	(+1)
keine Partei	53	(-)
Erhebungszeitraum	07.-11.10.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 15 (-) Prozentpunkte vor der SPD und 6 (-2) Prozentpunkte vor den Grünen.

Allerdings trauen 53 % (-) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Oktober 2019

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im September 2019

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	70 (-4)	26 (+2)	3 (+1)	1 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	60 (-)	35 (-1)	4 (+1)	1 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	59 (-3)	36 (+1)	4 (+3)	0 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	57 (-8)	36 (+6)	5 (+1)	3 (+2)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	57 (-1)	34 (-)	5 (-1)	3 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	55 (-3)	36 (-)	7 (+2)	1 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	52 (-)	41 (-)	5 (-)	1 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	51 (+1)	40 (-4)	8 (+3)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	51 (+5)	39 (-5)	7 (-1)	2 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	46 (-2)	41 (-2)	9 (+2)	2 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	41 (+3)	39 (-3)	14 (-1)	4 (-)
neue Technologien fördern	39 (+3)	46 (-1)	12 (-1)	2 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	38 (-2)	47 (+1)	11 (-1)	3 (+2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	38 (+1)	41 (-2)	13 (+1)	6 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	37 (-)	40 (-4)	15 (+2)	6 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	36 (-2)	43 (+2)	16 (+1)	4 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	33 (-)	51 (-)	12 (-)	4 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	29 (-3)	51 (+2)	14 (-1)	4 (+2)
Verbraucherschutz stärken	25 (-)	56 (+2)	15 (-2)	2 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	23 (-2)	54 (-4)	17 (+4)	5 (+2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	21 (-2)	52 (-1)	21 (+2)	4 (+1)
Staatsschulden begrenzen	21 (-)	48 (-)	23 (-2)	6 (+1)
Erhebungszeitraum	09.-15.10.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe. Unter 50-Jährige sehen sie häufiger als sehr wichtig an als über 50-Jährige (75 % zu 65 %). Anhänger der Grünen (81 %) halten die Bildungspolitik häufiger für sehr wichtig.

Der Umwelt- und Klimaschutz wird von Anhängern der Grünen (90 %) überdurchschnittlich oft als prioritär angesehen. Frauen finden diese Aufgabe häufiger sehr wichtig als Männer (64 % zu 50 %) und Westdeutsche häufiger als Ostdeutsche (59 % zu 47 %). Anhänger der AfD (28 %) halten den Umwelt- bzw. Klimaschutz eher selten für sehr wichtig.

● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Oktober 2019

Ernied für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im September 2019

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	63 (-)	29 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	62 (-7)	29 (+5)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	61 (-5)	30 (+2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	60 (-2)	36 (+2)
innere Sicherheit gewährleisten	59 (-4)	37 (+4)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	56 (-2)	38 (+2)
Staatsschulden begrenzen	54 (-8)	34 (+4)
Verbraucherschutz stärken	54 (-1)	37 (+2)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	53 (-)	43 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	53 (+1)	39 (-2)
neue Technologien fördern	50 (-2)	39 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	42 (+2)	50 (-2)
Gesundheitswesen modernisieren	41 (+1)	53 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	40 (+3)	56 (-2)
Zuwanderung von Ausländern regeln	39 (+2)	57 (-3)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	39 (+2)	58 (-2)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	37 (-2)	60 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	35 (-3)	61 (+3)
Bedingungen der Pflege verbessern	34 (-)	62 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	28 (-6)	67 (+5)
Steuerlast gerecht verteilen	27 (-3)	68 (+3)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	24 (-3)	72 (+3)
Erhebungszeitraum	09.-15.10.	

In 11 von 22 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die beste Beurteilung erhält die Bundesregierung für die Schaffung der Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum (63 %).

Im Vergleich zum Vormonat ist der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, in einigen Politikfeldern teils deutlich gesunken. Dies gilt besonders für den Bereich "Staatsschulden begrenzen" (-8 Prozentpunkte).

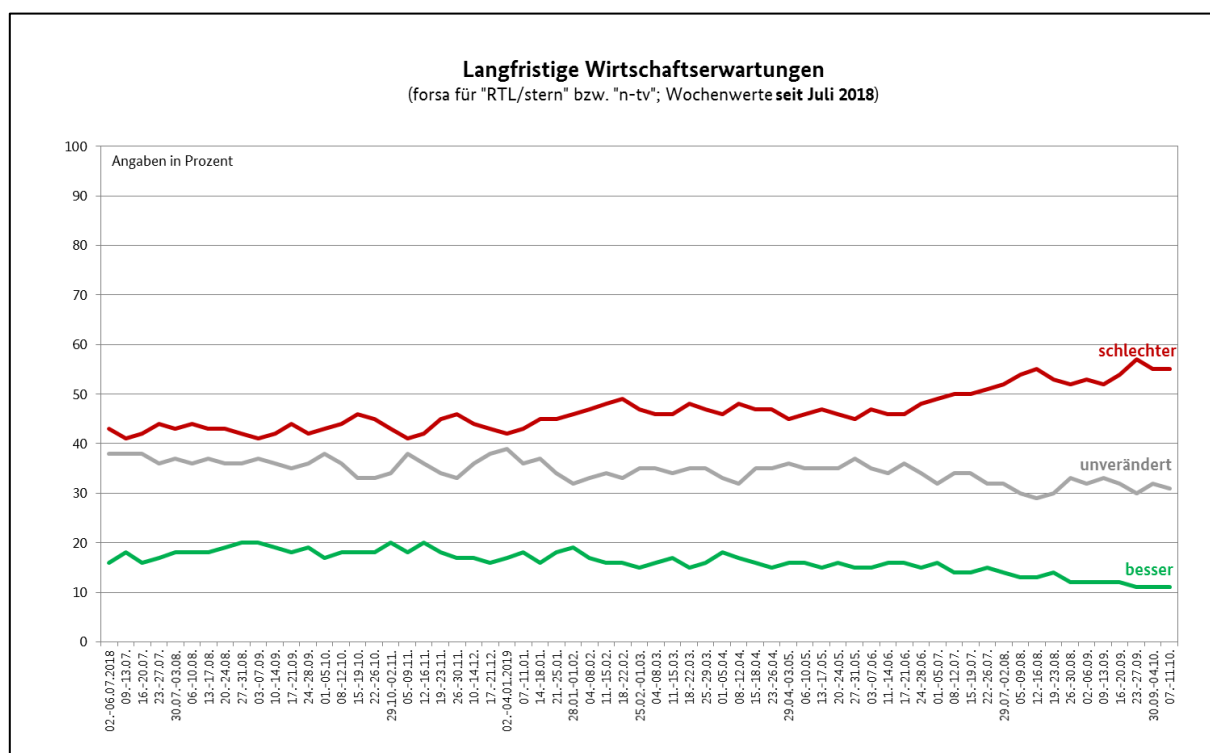
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	11	(-)
schlechter	55	(-)
unverändert	31	(-1)
Erhebungszeitraum	07.-11.10.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche nicht verändert.

Der Anteil der Bundesbürger, der eine Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse erwartet, liegt um 44 (-) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



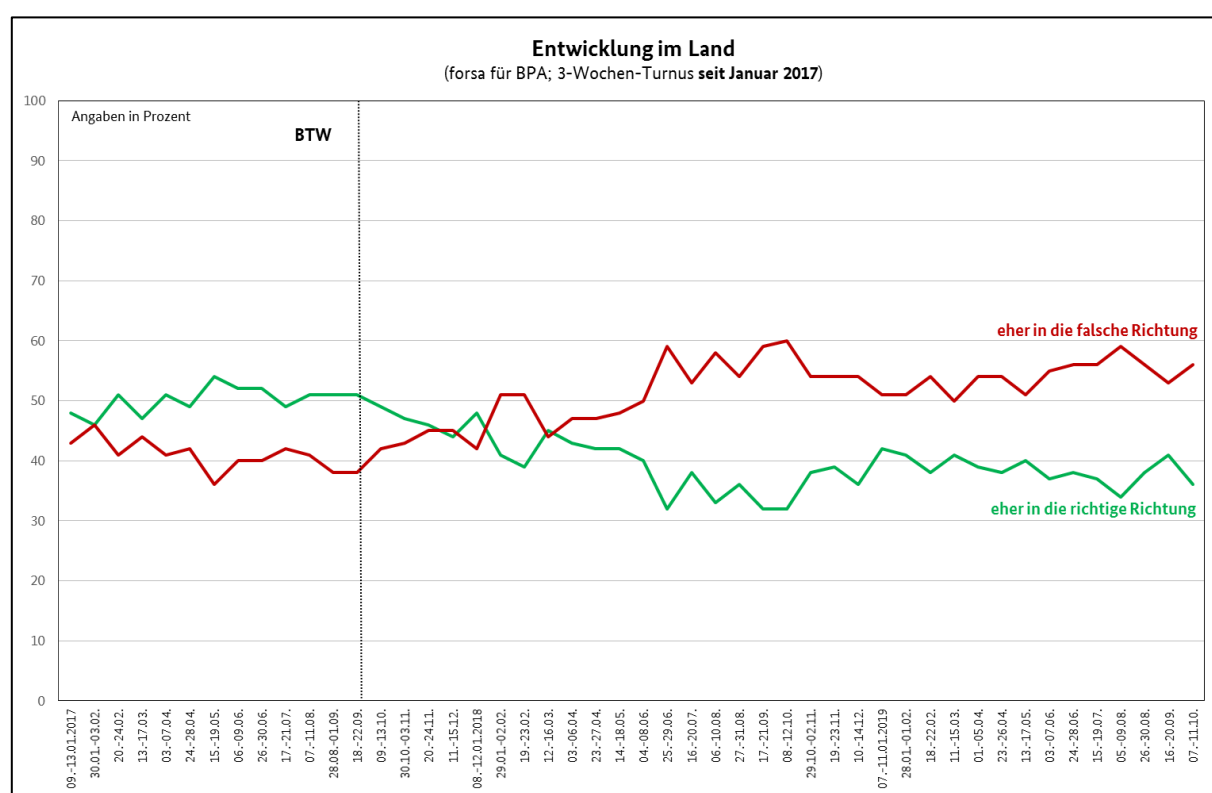
Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 36

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	36 (-5)
eher in die falsche Richtung	56 (+3)
Erhebungszeitraum	07.-11.10.

Anhänger der Union (49 %) und der Grünen (45 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Unter 30-Jährige sind eher dieser Meinung als über 30-Jährige (47 % zu 32 %) und Personen mit höherer formaler Bildung eher als Personen mit einfacher formaler Bildung (39 % zu 26 %).

Für fast alle Anhänger der AfD (97 %) geht die Entwicklung hingegen eher in die falsche Richtung.



Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 39

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
Lebensqualität	86 (-1)	14 (+1)
Lage am Arbeitsmarkt	69 (-2)	25 (-)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	52 (-2)	46 (+1)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	42 (-3)	51 (+3)
Schul- und Bildungssystem	39 (+1)	58 (-1)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	36 (-4)	59 (+4)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	32 (-4)	64 (+3)
Umwelt- und Klimaschutz	32 (-1)	67 (+1)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	31 (-5)	67 (+4)
Sicherung der Altersversorgung	27 (-3)	71 (+4)
Versorgung von Pflegebedürftigen	21 (-4)	76 (+5)
Erhebungszeitraum	07.-11.10.	

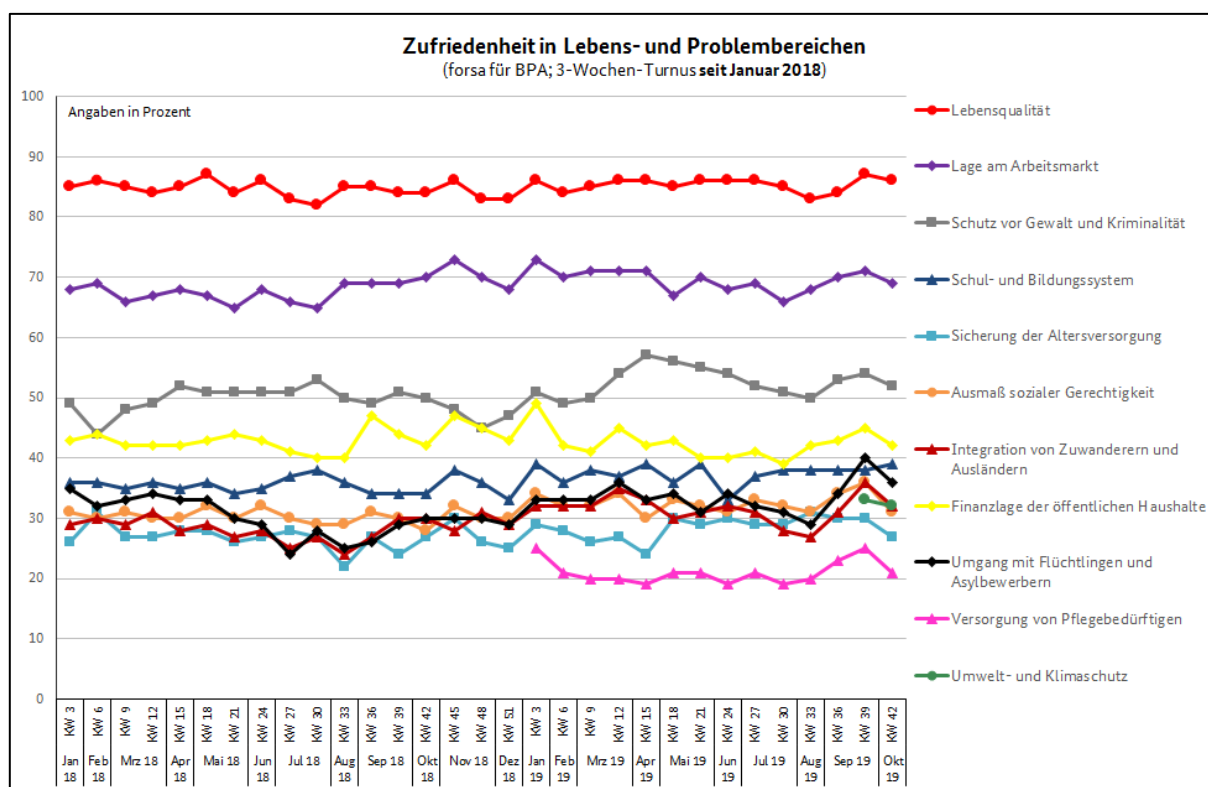
Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %), der Lage am Arbeitsmarkt (69 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (52 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In acht von elf Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (62 %) sind überdurchschnittlich häufig (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Westdeutsche sind häufiger (sehr) zufrieden als Ostdeutsche (54 % zu 38 %), unter 30-Jährige häufiger als über 60-Jährige (66 % zu 42 %). Personen mit hoher formaler Bildung sind häufiger (sehr) zufrieden als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (63 % zu 37 %) und Gutverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen häufiger als Geringverdiener (59 % zu 38 %). Anhänger der AfD (82 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Mit dem Schul- und Bildungssystem sind Ostdeutsche häufiger unzufrieden als Westdeutsche (73 % zu 55 %). Besonders häufig unzufrieden damit sind außerdem Anhänger der AfD (81 %).

Anhänger der Grünen (86 %) sind besonders häufig unzufrieden mit dem Umwelt- und Klimaschutz.

Anhänger der AfD (87 %) und der Linkspartei (85 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung, unter 60-Jährige öfter als über 60-Jährige (77 % zu 60 %).



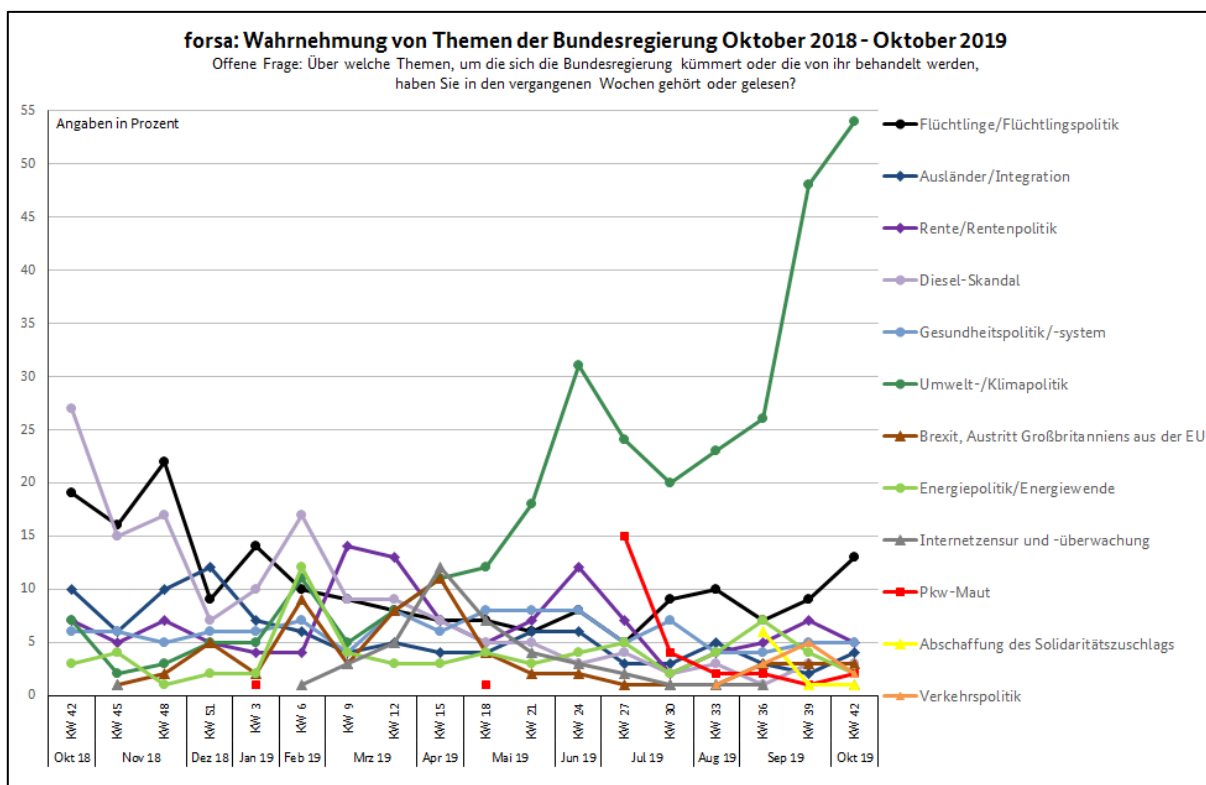
Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 39

	forsa für BPA
Umwelt-/Klimapolitik	54 (+6)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	13 (+4)
Rente/Rentenpolitik	5 (-2)
Gesundheitspolitik	5 (-)
Ausländer	4 (+2)
Erhebungszeitraum	07.-11.10.

Die Umwelt- und Klimapolitik ist weiterhin das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben – mittlerweile hat über die Hälfte davon etwas gehört oder gelesen.

Überdurchschnittlich oft wird das Thema von Anhängern der Grünen (73 %) und der FDP (67 %) genannt. Männer nennen es häufiger als Frauen (59 % zu 50 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (63 % zu 45 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (62 % zu 37 %).



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Konflikt der Türkei mit Kurden und IS, Einmarsch in Syrien	23 (+18)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO ₂ -Ausstoß/ Klimapaket der Bundesregierung	19 (-10)
Umweltpolitik/-schutz	14 (+4)
Anschlag in Halle	14 (+11)
Flüchtlinge/Ausländer in Deutschland, Asylpolitik, Integration, Abschiebungen	9 (-6)
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit/Johnson als Premier	5 (-4)
Erhebungszeitraum	15.-16.10.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit dem Thema "Konflikt der Türkei mit Kurden und IS, Einmarsch in Syrien". Über 65-Jährige (30 %) beschäftigen sich überdurchschnittlich häufig damit. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (34 % zu 13 %).

Anhänger der Grünen erwähnen den Klimawandel überdurchschnittlich häufig (29 %). Personen mit hoher formaler Bildung nennen ihn häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (24 % zu 17 %). Der Anschlag in Halle wird von Ostdeutschen häufiger genannt als von Westdeutschen (20 % zu 12 %).

